Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 1 März 1934 Nummer 6

Wien

Von A. Sturmthal.

Die riesigen Flammensäulen der brennenden Arbeiterwohnhöfe in Wien sind das Fanal des Untergangs des stärksten Bollwerks der Unabhängigkeit Oesterreichs. Mehr als wahrscheinlich ist es, daß die Kette der Ereignisse in Oesterreich, die mit dem 5. März beginnt, mit der Niederwerfung des österreichischen Proletariats nicht einmal einen zeitweiligen Abschluß gefunden hat, sondern weiterführt in dunkle Abenteuer, in neue innere Erschütterungen, vielleicht in den Krieg.

Kein Zweifel aber, daß von dem Sieg des deutschen Nationalsfaschismus an der Ablauf der Ereignisse in Oesterreich zwangsläufig bestimmt war. Der Kampf gegen die Gleichschaltung, gegen die Eingliederung ins Dritte Reich war zwar Regierung und Sozialdemokratie gemeinsam. Aber keine Brücke führte von jenen, die die Gleichschaltung im „antimarxistischen" Wettkampf mit dem Hakenkreuz abwehren wollten, zu der österreichischen Sozialdemokratie, die in der Mobilisierung der Arbeitermassen und daher in der Abwehr jeglicher Form des Faschismus die einzige Chance der Behauptung der Donaurepublik erkannten. Nichts konnte die durch bloße Cliquenkämpfe vom Hakenkreuz unterschiedenen Austrofaschisten in eine Front mit den Freiheitskämpfern des österreichischen Proletariats bringen. Die Dollfuß und Fey, die Oesterreichs Verteidigung darin suchten, daß sie es zu Italiens Degen in Mitteleuropa machten, die damit die internationale Machtposition des Weltfaschismus verstärkten, sie konnten den Weg nicht beschreiten, auf dem allein sie die Hilfe der großen westeuropäischen Demokratien hätten vorbehaltlos erhalten können: die Anlehnung an die Bataillone der Demokratie in Oesterreich, an die Sozialdemokratie.

So kam es zu dem verhängnisvollen Dreifrontenkrieg, in dem nicht bloß Sozialdemokratie, Austrofaschismus und Nationalsozialismus sich bekämpften, sondern zugleich die außenpolitischen Interessengegensätze des deutschen und des italienischen Faschismus und — mit sehr viel Zurückhaltung — Frankreichs und der Kleinen Entente ausgetragen wurden.

Die österreichische Sozialdemokratie hat durch fast ein volles Jahr versucht, durch äußerste, opfervolle Zurückhaltung dem offenen Kampf auszuweichen. Ihre Politik war von dem Gedanken getragen, daß die Niederlage in Deutschland zwangsläufig die Zurücknahme der weitest vorgeschobenen Frontabschnitte der österreichischen Arbeiterbewegung

zur Folge haben müsse, daß es aber entscheidend darauf ankomme, die volle Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen zu erhalten. Sie hat schwere Opfer auf sich genommen, um nicht den Erfolg des Abwehrkampfes gegen den deutschen Nationalfaschismus zu gefährden. Kein billig Denkender kann die Bereitschaft der österreichischen Sozialdemokratie leugnen, alles zu tun, um den Sieg des braunen Faschismus zu verhüten. Aber der Verständigungswille der Sozialdemokratie, der dem tiefsten Interesse Oesterreichs und der Weltpolitik des internationalen Proletariats Rechnung trug, stieß auf die schrankenlose Begehrlichkeit des Austrofaschismus. Die Einsicht der Sozialdemokratie in die Notwendigkeiten des Abwehrkampfes gegen die braune Pest wurde zum Anreiz für die Vorstöße des Heimwehrfaschismus. Der immer winziger werdende Teil der demokratisch denkenden Bauernschaft vermochte sich gegen die lärmenden Heimwehrpolitiker nicht durchzusetzen, die Dollfuß immer stärker beherrschten. Innere Zwangsläufigkeit führte Dollfuß dazu, die Arbeiterschaft immer mehr zu entrechten und damit die Position derer, die für die Unabhängigkeit Oesterreichs gegen Hitler kämpften, immer mehr zu unterhöhlen.

Zweifellos hat die kampflose Uebergabe der deutschen Arbeiterbewegung, die Idee, auf Kosten der Arbeiterschaft seien am leichtesten jene „Erfolge" zu erzielen, deren die abbröckelnde Vaterländische Front so dringend bedarf, die Handlungen der Regierung Dollfuß von Anfang an entscheidend bestimmt. Was bei der österreichischen Sozialdemokratie um der großen Sache der Abwehr des Hitlerfaschismus willen kluge Zurückhaltung war, wurde von Dollfuß und Fey als Bestätigung ihrer Politik aufgefaßt. Von dieser Seite, von der Arbeiterschaft her, erwarteten sie keinen nennenswerten Widerstand. So wurden sie immer weiter vorwärts getrieben, bis vor der Sozialdemokratie nur mehr die Alternative stand, dem Austrofaschismus oder dem deutschen Nationalfaschismus zum Opfer zu fallen.

Vielleicht hätte kampflose Uebergabe an Dollfuß und Fey der österreichischen Sozialdemokratie eine Scheinexistenz, die Fortdauer als machtloser Schatten, als unwürdiger Rest aus einer stolzen Vergangenheit ermöglicht. Vielleicht hätte die Preisgabe der Idee den Fortbestand sinn- und seelenlos gewordener Organisationen ermöglicht. Propter vitam vitae perdere causas, um des Lebens willen, die Lebensberechtigung preiszugeben — es wäre weder des ruhmreichen österreichischen Proletariats würdig, noch für das Weltproletariat erträglich gewesen. Wahrscheinlich aber, ja nahezu sicher ist, daß kampfloses Zurückweichen die völlige Niederlage ebenso zwangsläufig herbeigeführt, ja kaum wesentlich hinausgeschoben hätte.

Auch hier hat eine deutsche Lehre entscheidend mitbestimmt. Wer im Kampf gegen den Faschismus der entscheidenden Schlacht ausweicht, um dem Proletariat Blutopfer zu ersparen — der führt es in Wahrheit in die schwersten, hoffnungslosesten und erniedrigendsten Opfer hinein, die der siegestrunkene Faschismus dem besiegten Proletariat

auferlegt. Kein Opfer ist zu schwer, wenn es zur Abwehr der faschistischen Gewaltherrschaft gebracht wird. Selbst die winzigsten Siegeschancen zwingen zum offenen Kampf — denn die kampflose Niederlage ist nicht weniger blutig als dieser. Der Pardon, den Dollfuß und Fey der sich widerstandslos ergebenden Arbeiterschaft — vielleicht — gewährt hätten, er hätte die demoralisierte Arbeiterschaft um so sicherer gesteigerter Verelendung und würdeloser Erniedrigung ausgeliefert.

Deutsche Lehren haben den Kampf auf beiden Seiten unausweichlich gemacht. Die Regierung hat ihn provoziert — die Sozialdemokratie war nicht bereit, ihm ewig auszuweichen.

Noch sind wir zu nahe den Ereignissen, um sie beurteilen und aus ihnen Schlüsse ziehen zu können. Noch sind wir im Banne des bewunderungswürdigen Heroismus, mit dem tausende Sozialdemokraten in den Tod gingen. Noch sind unsere Herzen erfüllt von dem Schmerz um die furchtbare Niederlage des Kleinods der Internationale. Aber schon jetzt drängen sich Fragen auf, deren Beantwortung für die Kampfmethoden der künftigen deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung maßgebend sein wird. Die Schwäche der gewerkschaftlichen Aktion neben der militärischen, die Erwartung spontaner Rebellionsakte, die relative Isolierung der kämpfenden Teile des Proletariats von den übrigen, die militärische Bedeutungslosigkeit der Heimwehrformationen, die entscheidende Rolle des militärischen Staatsapparates, die Frage, ob ein Milizheer ebenso imstande gewesen wäre, drei Tage lang die Wohnstätten, die Frauen und die Kinder des eigenen Volkes unter Kanonenfeuer zu halten, wie das von den Friedensverträgen vorgeschriebene Berufsheer, das Problem eines ohne Massengrundlage herrschenden Faschismus — alles das wird geprüft und beantwortet werden müssen, sobald der Augenblick der Besinnung gekommen sein wird. Das ganze Problem der militärischen Kampfkraft der Arbeiterschaft in der Gegenwart stellt sich nun, da der heroische Widerstand der stärkst gerüsteten sozialistischen Partei der Welt gebrochen wurde, mit verdoppelter Schärfe.

Auch die sehr komplizierten außenpolitischen Rückwirkungen der österreichischen Ereignisse, vor allem die unbestreitbare Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rom und Berlin, die Aufspaltung des faschistischen Blocks, damit die Neugestaltung der europäischen Politik, werden noch zu behandeln sein.

Heute aber, da das Blut der Gefallenen noch raucht, da die Henker auf Befehl der christlichen Erneuerer Oesterreichs ihre Arbeit tun, ist stärker als jede ruhige Ueberlegung in uns das ehrfurchtsvolle Miterleben mit den österreichischen Kämpfern, der heiße Dank für die große befreiende Tat, die noch in ihrem Versagen die Ehre des internationalen Sozialismus gerettet hat, der Haß gegen die Mörder der österreichischen Arbeiterschaft und das Gelöbnis, die Helden von Wien dort zu rächen, wo die österreichische Katastrophe begann und wohin uns die Pflicht gestellt hat: in Deutschland.

Staat und Revolution

Von Ludwig Neureither

Die Stellung einer Arbeiterpartei zum Staate ist eines der wichtigsten Symptome ihrer Ideologie, weil die Frage des Staates sich in allen entscheidenden geschichtlichen Stunden als die entscheidende erweist. Die Diskussion über die Staatstheorie ist in der Arbeiterbewegung überwiegend als philologische Diskussion um den Sinn der Marxschen Staatstheorie geführt worden. Dies mußte nicht so sein, aber es war insoferne nützlich, als die Marxsche Staatstheorie alle anderen in der Arbeiterbewegung verbreiteten Staatstheorien bei weitem überragt, wenn sie auch gewiß nicht imstande ist, alle jene Fragen zu beantworten, die die letzte revolutionäre Periode aufgeworfen hat. Sich zur Marxschen Staatstheorie bekennen, galt insbesondere seit 1917 als sicherster Beweis echten Klassenbewußtseins. Es sei sofort festgestellt, daß — abgesehen von der Fragwürdigkeit solcher formaler Bekenntnisse überhaupt — es keine einzige Richtung gibt, die die Marxsche Staatstheorie nicht verfälschte. Es gilt zunächst diese Theorie zu rekonstruieren.

Marx sah den proletarischen Staat als das Resultat einer demokratischen Revolution an. Dabei bedeutete Demokratie für ihn nicht irgend eine vage Vorstellung von Herrschaft im Interesse der Beherrschten, sondern er verstand darunter ganz konkret die politische Allmacht einer aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Körperschaft. „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten." Dementsprechend nannte Engels die demokratische Republik „die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats". Meinten die beiden Altmeister damit die „bürgerliche" Republik, mit der Arbeiterpartei als Mehrheit? Nicht ganz. Damit die Arbeiterklasse ihre Herrschaft ausüben konnte, mußte die Demokratie von jenen Einschränkungen befreit werden, die jeder bürgerlich geführten Demokratie anhaften. „Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen." „Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk." „Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Funktionen entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden." Die Richter verloren ihre scheinbare Unabhängigkeit. Mit einem Wort: Marx leugnete die Möglichkeit für die Bourgeoisie, eine wirklich uneingeschränkte Demokratie zu verwirklichen. Uneingeschränkte Demokratie war nach ihm die spezifische Staatsform der Herrschaft des Proletariats, mit der Diktatur des Proletariats identisch. Sie bestand wesentlich in der Zerbrechung des bürgerlichen Staatsapparats, der Bewaffnung der Arbeiter und der

übrigen Werktätigen und in der Aufhebung der Selbständigkeit von Verwaltung und Rechtsprechung gegenüber den demokratischen Körperschaften.

Marx setzte das höchste Vertrauen darein, daß eine Staatsform, die die realen Machtmittel in die Hand der ausgebeuteten Mehrheit gebe, auch in deren Interesse funktionieren müsse. Wo Marx von dem allgemeinen Stimmrecht in der Kommune spricht, sagt er, daß deren Mehrheit „selbstredend" aus Arbeitern und anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse bestand. Muß man diesen Optimismus nach den Erfahrungen der deutschen Demokratie nicht für eine arge Naivität halten? Das wäre ein Mißverständnis des Marxschen Gedankens. Marx kannte die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts unter Bonaparte und unter Bismarck; er konnte also nicht die Vorstellung haben, daß das allgemeine Wahlrecht an sich eine entsprechende Interessenvertretung der ausgebeuteten Mehrheit sichere. Umgekehrt ist seine ganze Theorie vom Kommunestaat dem Nachweis gewidmet, daß es eine wirkliche Demokratie und also eine wirksame Interessenvertretung der Ausgebeuteten nicht geben kann, so lange die realen Machtmittel in der Hand der Ausbeuter sind. Erschien es ihm selbstverständlich, daß die Mehrheit der Kommune aus Arbeitervertretern bestand, so darum, weil der bewaffnete Aufstand, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats vorangegangen war. So war es auch selbstverständlich, daß nach dem Aufstand des 10. August 1792 die Pariser Kommune aus Vertretern des revolutionären Kleinbürgertums bestand. In die knappste Form gebracht, war der Marxsche Gedanke: die unbeschränkteste Demokratie ist die sicherste Garantie des Sieges des Proletariats, nachdem dieses im bewaffneten Aufstand den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und seinen eigenen errichtet hat.

Damit ist über alle jene genug gesagt, die zwar den demokratischen Charakter des Marxschen politischen Programms hervorheben, aber seinen revolutionären Charakter, den bewaffneten Aufstand und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats unter den Tisch fallen lassen. Das taten alle Schattierungen des Reformismus.

Aber das heißt nicht, daß Lenin und die Bolschewiki die echten Interpreten der Marxschen Staatslehre wären. Wie die Reformisten den revolutionären, so haben die Bolschewiki den demokratischen Teil der Marxschen Lehre unterschlagen. Lenin konnte es nicht verdauen, daß Engels in scharfer Zuspitzung des Marxschen Gedankens die demokratische Republik die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats nannte. Er interpretiert in seiner Schrift über „Staat und Revolution": Engels sagt hier, daß die demokratische Republik „der nächste Zugang zur Diktatur des Proletariats" sei. Es ist eine grobe Verdrehung des Engelsschen Gedankens, nicht viel besser als eine Textfälschung. Diese Verdrehung war Lenin durch die russische Wirklichkeit aufgezwungen. Im September 1917, als „Staat und Revolution" abgeschlossen wurde. war es schon klar, daß keine allrussische demokratische Körperschaft den Bolschewiki die Mehrheit geben würde. In der unter der Dik-

tatur gewählten Konstituante hatte die sozialrevolutionäre Bauernpartei die absolute Mehrheit. Auch nach dem bewaffneten Aufstand konnte auf demokratischen Wege in Rußland nicht das Proletariat siegen, sondern nur die bürgerliche Bauerndemokratie. Demokratie und Diktatur wurden zu Gegensätzen, wie sie in jedem kapitalistisch rückständigen Lande zu Gegensätzen werden müssen. Die Sowjets, in der Revolution von 1905 von den Bolschewiki bitter angefeindet, wurden plötzlich zur natürlichen Staatsform der proletarischen Diktatur proklamiert, einfach darum, weil sie zur formalen Deckung einer Parteidiktatur geeignet waren. Ihre sonstigen Vorzüge standen auf dem Papier. Sie waren zwar zugleich legislative und exekutive Organe, in Wahrheit aber fehlte ihnen die Kompetenz zu beidem. Fast vom ersten Tage an war es die Partei, die Gesetze gab und ausführte. Der große Aufschwung der Sowjets vor der Machtergreifung erwies sich als hauptsächlich durch die rückständigen Organisationsverhältnisse der russischen Arbeiterbewegung bedingt. Die Geschichte der Sowjets nach der Machtergreifung ist nichts als die Geschichte ihres langsamen Absterbens. Heute ist von ihnen so gut wie nichts mehr übrig und die Losung der Sowjetdiktatur ist kaum weniger als ein Betrug.

Genügt es, die Marxsche Staatslehre von ihren Entstellungen zu reinigen? Gerade heute scheint es sehr verlockend, sich auf die reine unverfälschte Marxsche Staatslehre zu stützen. Die Losung: Sturz des Faschismus!, Revolutionäre Demokratie! scheint eine Grundlage abzugeben, auf der alle Richtungen der Arbeiterbewegung sich einigen können. Denn der Kampf gegen den Faschismus kann nur im Namen der Befreiung von den faschistischen Fesseln geführt werden. Er muß demokratisch sein. Der Faschismus kann nicht gestürzt werden, ohne den faschistischen Staatsapparat zu zerbrechen. Die Wiederholung des Vorgangs von 1918, die Uebernahme der Staatsgewalt bei Wiederherstellung des reaktionären Heeres und ohne Antastung der Verwaltung ist heute rein technisch unmöglich. Denn dem faschistischen Staatsapparat fehlt die scheinbare Neutralität, die der wilhelminische Staatsapparat besaß. Zerschlagung des Staatsapparates muß im faschistischen Deutschland das Ziel auch des bescheidensten Demokraten sein. So scheinen die Dinge geradezu zwangsläufig jener Lösung zuzutreiben, die Marx für die spezifisch proletarische hielt und das erbitterte Sektierertum der Kommunisten wäre einer echten demokratisch-revolutionären Massenbewegung gegenüber ohne Zweifel bedeutungslos.

Und dennoch ist hier ein wesentlicher Faktor außer acht gelassen: die führende Rolle der Partei. Die russische Erfahrung von 1917 einerseits, die deutsche von 1918 andererseits haben unter Beweis gestellt, daß trotz allem die Marxsche Voraussetzung allzu optimistisch ist: Auch nach Zerbrechung der materiellen Staatsgewalt der Bourgeoisie ist eine wirksame Interessenvertretung der Ausgebeuteten nicht gesichert, insoferne diese in ihrer großen Mehrheit noch immer in bürgerlichen Ideologien befangen sind, die nur langsam überwunden werden können. An diesem Punkte liegt, wie wir schon in unserem letzten Artikel

zeigten, die entscheidende Schranke des Marxschen politischen Denkens. Eigentlich war ja schon die Erfahrung der Kommune von 1871 ohne diese Einsicht nicht zu entziffern. Planlos hatten die Kommunarden die Macht in die Hände genommen und sie verstanden nicht, sie planvoll zu gebrauchen. In der inneren Politik wie im Kampf gegen Versailles bot die Kommune ein Bild katastrophaler Hilflosigkeit. Wahrscheinlich war ihre Lage auf jeden Fall hoffnungslos. Dann wäre es Pflicht einer klaren revolutionären Partei gewesen, sich mit aller Kraft der Machtergreifung entgegenzusteuern. Aber auf jeden Fall hinderte vollkommene Unklarheit alle Richtungen der Kommune, die Macht zweckmäßig zu gebrauchen. Die Summe aller revolutionären Erfahrungen des Proletariats ist: Avantgarden braucht das Proletariat nicht bloß, um es zum Sieg zu führen — der Sieg kann auch ohne Avantgarde aus günstigen Konstellationen entspringen — sondern vor allem, um den Sieg zu behaupten. Ohne eiserne Führung einer revolutionären Partei gibt es keine siegreich behauptete Herrschaft des Proletariats.

Haben die Bolschewiki zwar in ihrer Marx-Interpretation unrecht, aber in der politischen Wirklichkeit recht? Die zentralistische Führung der Partei ist unentbehrlich. Sie ist mit einer vollkommen unbeschränkten Entfesselung der demokratischen Kräfte unvereinbar. In langen Zeiträumen müßten sich diese demokratischen Kräfte im sozialistischen Sinne auswirken. Aber Revolutionen verfügen nicht über lange Zeiträume. Man muß überzeugt sein, daß ein großer Teil der Aktivität der Unterdrückten sich zunächst ziellos oder zweckwidrig, d. h. objektiv konterrevolutionär auswirken wird. Es ist eine Frage politischer Weisheit, zwischen der Erziehung der Massen zur Selbstregierung — auch über Fehler und üble Erfahrungen hinweg — und den zwingenden Notwendigkeiten revolutionärer Momente den Ausgleich zu finden. Die Frage steht riesengroß vor uns. Sie wird dadurch der Lösung nicht näher gebracht, daß man auf dem Papier widersprechende Wortverbindungen wie „Sowjet-Demokratie" oder „demokratische Diktatur" zusammenfügt.

Vielleicht wäre es nützlicher, sich die Aufgabe in ihrer ganzen Größe klar zu machen und sich zu fragen, an welcher Stelle sie gelöst werden kann. Stellt man Demokratie und Diktatur als Alternative, so befindet man sich im Kreise des juristischen Denkens. Denn diese Begriffe sagen aus, in welchen Formen Entscheidungen gefällt werden, nicht mehr. Die Form der Demokratie garantiert in revolutionären Perioden gar nichts. Sie kann die Form grauenhafter Gewaltherrschaft sein. Umgekehrt ergibt sich aus dem juristischen Begriff der Diktatur keineswegs notwendig der Inhalt eines bürokratischen Regimes stalinistischer Prägung. Das Problem ist vielmehr, unter welchen Bedingungen die diktatorische Führung der Partei einen anderen Inhalt haben kann.

Demokratien können sich nicht in kurzen Zeiträumen selbst erziehen. Noch jede Demokratie ist darum in revolutionären Perioden in die Diktatur umgeschlagen. Da die Demokratie heute und in der nahen Zukunft nichts anderes sein kann als der Bereich bürgerlicher Sponta-

neität, kann auch heute eine Demokratie, die den Faschismus stürzt, zunächst keinen anderen Ausweg haben.

Aber sind Diktaturen immer und notwendig ebenso schwer erziehbare Kinder wie Demokratien? Es hängt von der Erziehbarkeit der Diktatoren ab. Sie haben sich bis jetzt stets als besonders schlecht erziehbare Subjekte der Geschichte erwiesen. Aber wenn es eine Chance gibt, die schlechte Alternative zwischen Demokratie und Diktatur zu überwinden, so nur in der Selbsterziehung der Diktatoren. Nicht um formale Schranken der Diktatur handelt es sich. Gegenüber geschlossenen aktionsfähigen Apparaten ist die spontan-handelnde Masse stets der schwächere Teil. Es handelt sich darum, daß die Avantgarde selbst und freiwillig einen Weg einschlägt, der die Massen zur Selbstbestimmung führt.

Um das zu ermöglichen, bedarf es subjektiver und objektiver Bedingungen. Die objektiven Bedingungen bestehen hauptsächlich darin, daß das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht und einen hohen Kulturstand aufweist. Ist das nicht der Fall, dann muß auch die beste Avantgarde bürokratisch entarten. Die subjektiven Bedingungen liegen in der Avantgarde. Alle bisherigen Diktaturen mußten darum entarten, weil sie spontane Produkte des bürgerlich-revolutionären Prozesses waren, die ihre eigene gesellschaftliche Grundlage nicht verstanden. Insbesondere haben die Bolschewiki, wie wir in unserem letzten Artikel zeigten, niemals konsequent verstanden, daß das Proletariat nicht wegen des Verrats der Führer, sondern unvermeidlicherweise bürgerlich denkt. Eine Avantgarde, die sich ganz mit dieser Einsicht durchdringt, kann nicht glauben, mit den Mitteln bürokratischer Gewalt das Bürgerliche in den unterdrückten Massen ausrotten zu können. Sie weiß, daß dieses Bürgerliche nur in einem langdauernden Prozeß des sozialistischen Aufbaues überwunden werden kann und es ist daher für sie eine rein praktisch-politische Frage, die spontanen Regungen der Massen teilweise zuzulassen und teilweise zu beschneiden. Die Ueberwindung des bürgerlichen Bewußtseins wird dann zu einem Prozeß, der in der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse tiefe Wurzeln hat, dessen Ablauf aber Gegenstand bewußter Leitung ist. Selbstverständlich ist die Avantgarde selbst jederzeit in Gefahr, zu verbürgerlichen, d. h. bürokratisch zu entarten. Aber es gibt keine andere Möglichkeit einer sozialistischen Entwicklung als die, die mit der bewußten Selbstbeschränkung der Avantgarde beginnt. Der Sozialismus ist kein spontaner, er ist ein bewußter Prozeß. Das Reich der freien und bewußten Gestaltung der Gesellschaft kann nur dort beginnen, wo der höchste Grad von Bewußtheit vorhanden ist.

Daß freilich die Avantgarde die Gefahren der Verbürgerlichung tatsächlich überwindet, daß sie tatsächlich das richtige Maß von Freiheit und von Beschränkung zu finden versteht, dafür gibt es keine formale Garantie. Darin besteht ihre riesengroße Verantwortlichkeit. Denn keine wie immer geartete formale Schranke vermöchte ihr die Pflicht der richtigen Entscheidung abzunehmen. Wie es nach Kant töricht ist,

nach einem inhaltlichen Kriterium der Wahrheit zu fragen, so ist es sinnlos, formaljuristische Kriterien richtiger politischer Entscheidungen zu suchen. Die Avantgarde wird die gestellte Aufgabe lösen, wenn sie es versteht, alle wirklich reifen und führenden Kräfte zu einer Bewegung zu sammeln; in ihren Reihen in einem solchen Grade freie und kameradschaftliche Diskussion zu sichern, daß alle Fehler zutage kommen; sich so eng mit den Massen zu verbinden, daß sie für deren Notwendigkeiten stets ein offenes Ohr hat; und last not least eine richtige Politik zu machen, die es ihr erlaubt, mit sich und mit den Massen ehrlich zu sein. Versteht sie das alles nicht, dann werden alle formaljuristischen Garantien nicht verhindern, daß die Sache des Sozialismus verloren ist. Damit sie es versteht, kann nichts anderes geschehen als der volle Einsatz jedes einzelnen, damit sie gesund bleibe und sich ihren Aufgaben gewachsen erweise.

Das Prager Manifest

Von K. B. Neuendorf.

Die Größe der Aufgabe

Mitten im gewaltigsten sozialen Umwandlungsprozeß und nach einer beispiellosen Katastrophe tritt an die deutsche Sozialdemokratie die Aufgabe heran, ihre Taktik und ihre Grundsätze neu zu gestalten, die aus dem Umsturz gewonnenen Erfahrungen in neue Erkenntnisse umzumünzen und die Richtlinien für ein neues Programm abzustecken.

Die Aufgabe ist schwer und verantwortungsvoll, denn von ihrer Lösung hängt es ab, ob die deutsche Sozialdemokratie von der Bühne der Geschichte endgültig abtreten muß, beladen mit einem schweren Schuldanteil an der Niederlage, oder ob sie wieder Anschluß an die kämpfende Bewegung in Deutschland gewinnen und durch Ueberwindung der gelben Diktatur den Beweis für die Kraft der sozialdemokratischen Bewegung erbringen wird, die zwar Irrwege gehen kann, aber die immer wieder, in unlösbarer Verbundenheit mit der eigenen Klasse, den Weg zum Sieg findet.

Nie, solange die sozialistische Wissenschaft die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze zu durchleuchten vermochte, war das Fundament der Gesellschaft so unterminiert, waren ihre tragenden Schichten ideologisch so weit von ihrem sozialen Standort, der ihre Ideologie eigentlich bestimmen müßte, verschoben gewesen, trugen die bewegenden Kräfte der Gesellschaft soviel unkontrollierbaren Explosivstoff in sich wie heute. Alles ist über Nacht in Frage gestellt, nichts ist unmöglich geworden, weder im guten noch im schlechten Sinne. Das Europa von heute kann aus diesem unerhörten Wandlungsprozeß als ein Bund freier sozialistischer und demokratischer Staaten hervorgehen, es kann auch auf Menschenalter hinaus in die Barbarei faschistisch-kapitalistischer Versklavung versinken.

Die jetzigen Gewalthaber haben in Deutschland etwas von der Größe dieses Wandlungsprozesses geahnt, als sie begannen, ihre Revolution mit umgekehrten Vorzeichen über die Grenzen zu tragen, mit Richtstrahlen nach Afrika und Südamerika, mit Bomben und Papierböllern nach Oesterreich, mit Franken und Dollars nach Frankreich und den Vereinigten Staaten. Der von der Weltkrise am furchtbarsten geschüttelte hochkapitalistische Staat im Herzen Europas ist wieder einmal zum Drehpunkt menschlicher Entwicklung geworden. Niemand kann sagen, was aus diesem Hexenkessel eines Tages herausbrechen wird, wenn die 65 Millionen darin eingesperrter Menschen auf die von oben her betriebene Vergiftung der Gehirne mit Raserei antworten werden. Sicher ist nur eines: daß aus diesem ideologischen Chaos, das jeden Augenblick seinen gesellschaftlichen Rahmen zu sprengen droht, so oder so unter dramatischen Begleiterscheinungen eine andere Welt werden will.

Die Sozialisten sollen nun als Träger der Zukunft diesem Neuen theoretische Formung geben, sollen mit ihrem Programm das Gesellschafts- und Staatsbild entwerfen, das im Werden begriffen ist, sollen vor allem aber die Taktik bestimmen, die die Arbeiterschaft anzuwenden hat, wenn sie in diesem letzten weltgeschichtlichen Ringen Sieger bleiben will. Gewiß ist diese Aufgabe in der jetzigen Phase noch nicht erschöpfend zu lösen, weil sich die Formen des Kampfes noch dauernd ändern und weil wir, besonders in Deutschland, der furchtbaren Katastrophe noch zu nahe stehen, um all ihre Ursachen restlos erfassen zu können. Aber bestimmte Grunderkenntnisse über den Weg, den die Demokratie in Deutschland genommen hat, und über das Ziel, das der deutschen Arbeiterklasse nunmehr gesteckt ist, sind hüben und drüben, in der Emigration wie im Reich, schon gemeinsames Gedankengut geworden. Der theoretische Neubau der Bewegung muß auf diesen Fundamenten errichtet werden.

Die Prager Plattform will nun dem neuen Programm der Partei die erste Unterlage geben und man muß anerkennen, daß der Parteivorstand in der letzten Etappe des Weges von Weimar bis Prag vieles über Bord geworfen hat, das früher das Alpha und Omega seiner reformistischen Politik gebildet hat. Der Druck der Verhältnisse hat natürlich auch hier die Feder geführt und viele noch bis in die letzte Zeit bestandene Illusionen hinweggeschwemmt. Zu bedauern ist, daß das immer nur ganz zögernd geschieht, eben unter Druck und nicht aus freier Erkenntnis heraus, wie ja auch das Manifest bei näherer Betrachtung den Eindruck erweckt, als sei es unter dem Zwang einer augenblicklichen Situation geschaffen, nicht als Ausfluß einer epochemachenden gesellschaftlichen Umwälzung. Jedoch gegenüber der früheren hyper-reformistischen Einstellung der Parteispitze, die sich, von der Stärke ihres Apparates geblendet, ihrer politischen Position absolut sicher wähnte und in unbegreiflicher Nichtachtung über alle Forderungen und Mahnungen der Opposition zur bürgerlich-demokratischen Tagesordnung in des Wortes primitivster Be-

deutung überging, ist dieses revolutionäre Glaubensbekenntnis ein großer Fortschritt. Prag hat damit theoretisch die Stellung der früheren Opposition bezogen, nur mit dem Unterschied, daß mittlerweile die Entwicklung schon wieder weiter gerast ist und sehr konkrete Forderungen aufstellt, um die sich das Prager Manifest leider noch herumzuschlängeln versucht.

Die Scheu vor der Analyse.

An der Wiege des wissenschaftlichen Sozialismus steht das „Kapital", jene grandiose Analyse des kapitalistischen Systems. Der kämpfende Sozialismus ist fast undenkbar ohne dieses Werk.

Jede wissenschaftliche Arbeitsmethode kommt zum Resultat durch die Analyse. Selbst wenn durch einen besonderen Umstand oder Zufall das Resultat bereits gefunden, der Weg dorthin aber noch unbekannt ist, geht die Wissenschaft zurück und untersucht die Voraussetzungen, unter denen das Resultat zustande kam. Das Unerwartete und Zufällige ist kein sicherer Faktor. Ja, man kann sogar sagen, daß manchmal der Weg wichtiger ist als das Resultat, weil nur die Erforschung des Wegs das bewußte Weitergehen ermöglicht.

Nun war die deutsche Katastrophe gewiß nichts Unerwartetes, im Gegenteil: der Kampf zwischen Parteiführung und Opposition ging ja seit vielen Jahren um die außerparlamentarische Rüstung, um die revolutionäre Demokratie und die Eroberung sozialistischer Machtpositionen. Aber für den reformistischen Apparat und seine Führung kam der Zusammenbruch durchaus unerwartet. So unerwartet, daß sogar noch nach dem Zusammenbruch die abenteuerlichsten Illusionen über die Kurzfristigkeit des Hitler-Experiments herrschten. Daß eine Ideologie restlos Schiffbruch erlitten hat, wird auch heute noch bestritten.

Aus diesem Grunde erklärt sich auch, daß das Prager Manifest nirgendwo einen ernsthaften Versuch zur Analyse der Vergangenheit macht. Will man aber den Neuaufbau der Bewegung nicht von vornherein auf Sand und Geröll errichten, dann ist es notwendig, daß der alte ideologische Schutt erst weggeräumt wird, d. h., daß man die politische Periode, die diesem Zusammenbruch vorausging, in einer Analyse scharf untersuchen und mit erbarmungsloser Selbstkritik ihre Fehler und Trugschlüsse bloßlegen muß. Es ist törichtes Gerede, wenn man sagt, daß die Partei genug „durch die Gosse gezogen" worden sei und daß die Kritik jetzt ein Ende haben müsse. Diese Redensarten verdecken alle nur ein subjektives Schuldbewußtsein und es ist interessant, daß sie nur von den Stellen kommen, die für die falsche Politik der Vergangenheit die volle Verantwortung tragen. Wer im guten Glauben einen verkehrten Weg gegangen ist, braucht die Aufdeckung der Fehler nicht zu scheuen. Wenn jemals in der Geschichte der Arbeiterbewegung, so ist es jetzt zwingend notwendig, den rückwärtigen Weg abzuleuchten, weil jeder Schritt in die Zukunft auf festen Boden und ohne jede Illusion getan werden muß.

Nicht um ein Sündenbekenntnis handelt es sich hier, sondern um eine offene und ehrliche Liquidation. Und nur durch diese Li-

quidation kann das erreicht werden, was das Manifest ja in erster Linie will, nämlich das schwer erschütterte Vertrauen der deutschen Arbeiterklasse zur Sozialdemokratischen Partei wieder herzustellen. Die Berufung auf die Unfehlbarkeit der eigenen Politik und das Nichteingestehen begangener Fehler können wir ruhig den Kommunisten überlassen, die mit dieser Methode keinen Schritt Boden in Deutschland gewinnen.

Der Parteivorstand kann sich auch nicht darauf berufen, daß der politische Weg der Sozialdemokratie in einer Reihe von kritischen Artikeln und Abhandlungen bereits untersucht worden sei. Diese Arbeit ist vornehmlich von den oppositionellen Kräften der Bewegung geleistet worden. Mit seinem Manifest aber tritt der Parteivorstand zum ersten Mal aus der Form der Deklamation über das geschehene Unrecht hinaus auf die Plattform des gedanklichen Handelns und der revolutionären Konstruktion. Wollte er die Vertrauensbasis draußen und drinnen für Prag zurückerobern, wollte er als ausländische Führung politischen Kontakt mit den revolutionären Kaders in Deutschland gewinnen, dann mußte er in dieser ersten grundlegenden Kundgebung unbedingt das Fazit der zurückliegenden Periode ziehen. Eine geschlagene Führerschaft, die bis zum bittern Ende einen falschen Weg gegangen ist, kann diese Periode doch nicht einfach überspringen, wenn sie neu beginnen will. Das Eingeständnis, daß die Sozialdemokratie bei dem politischen Umschwung von 1918 sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat in die Staatsführung teilte und daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, ist doch nur der Anfang einer Analyse. Dieser schwache Versuch zur Selbstkritik wird aber sofort wieder aufgehoben durch die falsche Behauptung, daß dieser schwere historische Fehler auf das Schuldkonto der während des Krieges desorientierten deutschen Arbeiterbewegung falle.

Der Fetisch der politischen Demokratie.

Was wir in den letzten Jahren als Bankerott der reformistischen Politik in Deutschland erlebten, angefangen bei der furchtbaren Ohnmacht der Partei in der Tolerierungsperiode unter Brüning bis zur Schmach der kampflosen Kapitulation im Frühjahr 1933, ist ja nur sichtbarer Ausdruck eines ideologischen und apparatlichen Entartungsprozesses gewesen, dessen Wurzeln bis in die Vorkriegszeit zurückgreifen. Der erste offene Sündenfall, der an Stelle des Klasseninteresses die Volksgemeinschaft setzte und jene „Desorientierung der deutschen Arbeiterklasse während des Krieges" nach sich zog, war der verhängnisvolle 4. August 1914. Von diesem geschichtlichen Punkt aus nimmt das tragische Schicksal der Arbeiterklasse seinen rasenden Lauf in den Abgrund und nur von hier aus kann neu begonnen werden. Alles, was später geschah, war die ideologische und apparatliche Konsequenz dieses falschen Standpunktes. Der deutsche Apparat war gerade infolge seiner Mächtigkeit und der ihm aufgepropften falschen Ideologie zum Selbstzweck geworden, die sozialistische Idee erschien in ihm nur noch als mehr oder weni-

ger verklärtes Endziel. Jede revolutionäre Energie wurde von diesem Apparat erdrückt oder ausgeschaltet. Sein Ideal war der Tageserfolg, den man stolz als „Realpolitik" bezeichnete, der sich aber gerade infolge des Mangels der revolutionären Bereitschaft in dem Augenblick in Luft auflöste, da die Konterrevolution sich konsolidiert hatte. Heute sagt das Manifest:

„Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es kein Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte."

Das ist gewiß eine anerkennenswerte Feststellung, aber im Grunde genommen doch eine glatte Selbstverständlichkeit, denn die nationalsozialistische Diktatur gibt uns ja gar keine Möglichkeit für Reformismus, Legalität und Kompromiß. Wie aber, wenn nun das Hitler-Regime durch eine Monarchie oder Militärdiktatur abgelöst wird, die zwar die Formen der Diktatur mildert, aber genau so politischer Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft ist? Ist auch dann für den Reformismus kein Platz mehr?

Nein, man muß den Reformismus schon in anderer Form liquidieren als es hier geschieht, wo man gewissermaßen aus der Not eine Tugend macht. Die Illusion, daß auf dem Boden der politischen Demokratie alle sozialen Spannungen und Gegensätze friedlich gelöst werden könnten, hat die Sozialdemokratie auf einen verhängnisvollen Irrweg geführt. Die marxistische Erkenntnis, daß die Entwicklungsgeschichte der Menschheit die Geschichte von ununterbrochenen und oftmals blutigen Klassenkämpfen ist, wurde von dem Reformismus einfach ignoriert. An ihre Stelle trat die These, daß zwar in der demokratischen Republik sich die Klassengegensätze objektiv verschärfen, da ja der verhüllende Mantel der scheinbar über den Klassen schwebenden Monarchie weggefallen sei, daß jedoch der Austrag dieser Gegensätze subjektiv immer höhere und kultiviertere Formen annähme, je weiter die Demokratie fortgeschritten sei. So erschien die politische Demokratie als die mystische Kraft, die allein aus dem Gebote ihrer höheren Moral Millionäre und Bettler, Kapitalisten und Arbeiter, Ausbeuter und Ausgebeutete unter ihr menschliches Gesetz des Wohlverhaltens und der Gewaltlosigkeit zwinge. Stimmzettel, Mitgliederzahlen und Mandate waren nicht mehr Gradmesser der proletarischen Kräfte, sondern wurden als Macht an sich eingeschätzt. Und während im Vordergrund aller politischen Kämpfe nur das Auf und Ab der eroberten oder verlorenen Parlamentsmandate und Ministersessel stand, entwickelten sich im Schatten dieser reformistischen Illusionen die außerparlamentarischen Kräfte des Klassengegners, bis die Armee der Konterrevolution unter den Augen der demokratischen Republik, und von ihr behütet und beschützt, zur Auseinandersetzung mit dem Proletariat aufmarschierte.

Die „Humanisierung" des Klassenkampfes.

Die theoretische Rüstung des Reformismus ist von den harten Tatsachen in Stücke zerschlagen worden, seine Programme haben kaum noch antiquarischen Wert. Lediglich, um der Gegenwart und der Zu-

kunft das Gewissen zu schärfen, sei an das letzte Programm der Deutschen Sozialdemokratie erinnert, das sie sich in Heidelberg im Jahre 1925 gegeben hat. Im Oktober 1925 erschien dieses Programm mit den dazugehörigen Kommentaren im Verlag Dietz, herausgegeben vom Parteivorstand, der in einer besonderen Vorbemerkung ausdrücklich betonte, daß diese Schrift auf seinen Beschluß herausgegeben werde und daß er auch die Autoren für die einzelnen Abschnitte zur Mitarbeit bestimmt habe. Die Verantwortung des Parteivorstandes steht also eindeutig fest.

In dem Hauptkommentar finden wir unter dem Titel „Grundsätzlicher Teil" von der Hand Karl Kautskys die Feststellung, daß in Ländern, wo keine längere Benutzung demokratischer Rechte das Proletariat geschult und organisiert habe, die Klassenkämpfe noch den Charakter ziellosen, zerstörenden Tobens trügen und deshalb nach kurzer Dauer bald in Blut erstickt würden. Wo aber die Demokratie herrsche und ein geschultes Proletariat vorhanden sei, da sei es so:

„Je länger die Demokratie in einem Lande dauert, je unumschränkter sie ist, um so mehr verlieren die proletarischen Klassenkämpfe den wilden Charakter des Ursprungs. Und so werden die Formen des proletarischen Klassenkampfes immer m i l d e r, trotzdem die Klassengegensätze sich immer stärker zuspitzen. Nicht nur die Proletarier werden bei ihren Kämpfen immer ruhiger dank ihrem steigenden Selbstbewußtsein, und immer überlegender, klarer und einsichtsvoller dank ihren zunehmenden Erfahrungen. Ihre wachsende Kraft zwingt auch ihre Gegner, sowohl die K a p i t a l i s t e n s e l b s t w i e d e r e n F r e u n d e i n d e n R e g i e r u n g e n u n d d e r P r e s s e, den P r o l e t a r i e r n r e s p e k t v o l l e r, g e s i t t e t e r, e n t g e g e n z u t r e t e n. So werden auch die Kapitalisten zu einer M i l d e r u n g i h r e r M e t h o d e n im Klassenkampf erzogen."

Heute, wo uns das Krachen der Brisanzgranaten und das Stöhnen sterbender Arbeiter und ihrer Frauen und Kinder noch in den Ohren dröhnt, wo an den österreichischen Galgen die Leichen der Kämpfer baumeln, die um die Freiheit ihrer Klasse stritten, heute, wo in Deutschland und Oesterreich usw. die Bourgeoisie durch ihre nationalsozialistischen Funktionsorgane mehr als hunderttausend ihrer Klassengegner richtiggehend in Konzentrationslagern gefangen hält und sie an Leib und Seele schändet, wo Kasernen und Gefängnisse zu mittelalterlichen Folterkammern gemacht werden, aus denen die Schreie gemarterter Arbeiter dringen, wo der Scharfrichter mit dem Beil und der Henker mit dem Galgen die sozialistische Idee auszurotten versuchen und der Klassenkampf sich in Formen abspielt, die die grauenhafteste Barbarei zum staatlich konzessionierten System erheben, heute wissen wir: je länger die politische Demokratie dauert und je näher der Zeitpunkt rückt, wo diese Demokratie die Herrschaft der Kapitalisten bedroht, um so b r u t a l e r werden die Kampfmethoden der Kapitalisten und um so niedriger und skrupelloser die Mittel der Verunglimpfung und Verleumdung, deren sich ihr Anhang in der Regierung, in der Presse, auf den Lehrstühlen und auf den Kanzeln bedient. Und um so entscheidender wird die Schick-

salsfrage für die Arbeiterklasse, was sie zu tun habe, wenn der Klassengegner die Spielregeln der Demokratie mißachtet und wenn die Maschinerie des Parlaments durch das Gleichgewicht der Klassenkämpfe auf dem toten Punkt angelangt ist, die politische und psychologische Situation also zur Diktatur heranreift.

Diese entscheidende Frage ist in dem Heidelberger Programm völlig übersehen worden, und die Tatsache, daß auf keinem deutschen Parteitag ernsthaft die Frage der Revolution und Konterrevolution im Rahmen der Tagesordnung behandelt wurde, beweist die Ignoranz des offiziellen Parteiapparates gegenüber diesen ungeheuren Problemen. Vergessen waren die Lehren der Altmeister über die Gefahren der bürgerlichen Demokratie, vergessen war sogar die glänzende Verfassungsrede des großen Reformators Lassalle über die ungeschriebene, aber desto wirksamere Verfassung der Kanonen und Bajonette. Man hatte ja in der Weimarer Deklaration die „freieste Verfassung der Welt" und begnügte sich mit den Buchstaben, während der Klassengegner konterrevolutionäre Tatsachen schaffte.

Die Illusion von der gewaltlosen Machtübernahme.

Die Fiktion von der Versittlichung der Kapitalisten und der Humanisierung des Klassenkampfes war für den Reformismus notwendig, weil sich darauf aufbaute die Generalfiktion des gewaltlosen Ueberganges aus dem kapitalistischen Klassenstaat in den sozialistischen Zukunftsstaat. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Heidelberger Programm und seine Kommentare, daß die Mehrheit im Parlament des Staates gleichbedeutend sei mit der Beherrschung des ganzen Staatsapparates. Diese Auffassung über das automatische Hineinwachsen des Proletariats in die Staatsmacht lediglich infolge seiner durch Abstimmung festgestellten Mehrheit, führte dann zu jener Politik der Unterschätzung des Gegners und der Ueberschätzung der politischen Scheinmachtpositionen. So kam es, daß, als diese Scheinmachtpositionen, vor allem der Brückenkopf Preußen, innerlich längst erledigt waren, die Sozialdemokratie immer noch die Regierungen des Gegners tolerierte, sofern sie noch einen letzten Fetzen des demokratischen Mäntelchens um ihre Lenden trugen. So kam es, daß man um des letzten Scheins einer schon längst zerstörten Demokratie willen die Verantwortung für schwerste Belastung der eigenen Klasse übernahm, so daß die Vertrauensbasis in den breiten Massen immer mehr zusammenschmolz. In dieser paradoxen Stellung, mit den Füßen in einer unaussprechlichen Vertrauenskrise steckend und auf den Schultern die Last der Verantwortung für die arbeiterfeindlichen Krisengesetze einer reinbürgerlichen Regierung tragend, kam es dann zur schwersten Kompromittierung der sozialistischen Idee und zum Todeskampf der Republik. Nicht, daß die Republik am 5. März zusammenbrach, war die Ueberraschung, sondern daß sie überhaupt noch so lange Stand gehalten hat.

Am Ende dieser Politik steht die völlige Vernichtung der Demokratie, steht die entsetzlichste Versklavung der Arbeiterklasse, steht eine blutige

Diktatur, die nur mehr gebrochen werden kann durch eine Aktion der Gewalt, ohne daß vorher, wie das Heidelberger Programm meint, eine Mehrheitsabstimmung die Legitimation dafür geben könnte.

Die Machtausübung des Apparats nach Innen.

Vielleicht wäre es noch möglich gewesen, diese katastrophale Entwicklung zu bannen, wenn die von unten kommenden Kräfte der Bewegung, die mindestens seit dem Versagen von 1920 in starkem Gegensatz zur Parteiführung standen, sich nach obenhin hätten durchsetzen können. Aber die Intoleranz eines ganz zum Selbstzweck gewordenen Apparats hatte alle Kanäle der demokratischen Beeinflussung geschickt verstopft und jede Auseinandersetzung der Mitgliedermassen mit den strittigen Problemen auf ein totes Gleis abgeschoben. Die Opposition wurde durch eine oftmals sehr brutal gehandhabte Regie isoliert und unterdrückt. Und je schwächer die Stellung des offiziellen Parteiapparats nach außen wurde, um so mehr wurde diese Schwäche kompensiert durch eine rücksichtslose Diktatur nach innen. Dem innerparteilichen Ziel, unter allen Umständen die reformistische Staatsauffassung durchzuhalten, wurde nach und nach alles unterstellt. Die Parteipresse verlor durch ein geschicktes System der Konzentration immer mehr und mehr ihre Unabhängigkeit gegenüber der Parteispitze, so daß die Uniformierung der Meinung erschreckende Fortschritte machte. Die Kontrollinstanzen bestanden fast restlos aus Mandatsträgern und Angestellten, deren politische und materielle Existenz zum großen Teil in der Hand der von ihnen zu kontrollierenden Parteispitzen lag. Die Parteitage, statt Höhepunkte geistiger Auseinandersetzung zu sein, wurden zu Paradeaufmärschen in der Form der Katholikentage. Die sinkende Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie als Machtfaktor wird durch nichts klarer gekennzeichnet als durch die Tatsache, daß in den letzten Jahren die bürgerliche Presse von ihren Parteitagen kaum noch Notiz nahm. Die wirkliche Meinung der Parteitage wurde nicht nur durch das Bleigewicht der nichtgewählten Apparatdelegierten verzerrt, sondern die monatelang vorher einsetzende Regie, die Verteilung der Parteitagsmandate und die persönliche Verkittung verhinderten auch, daß die oppositionelle Strömung der Mitgliedermassen jemals oben in Erscheinung trat. So war auch organisatorisch die Voraussetzung geschaffen, die falsche Politik des Reformismus sogar dann noch aufrecht zu erhalten, als die Massen schon längst diese Politik ablehnten. Der Apparat, gestützt auf einen riesigen Bau von Sekretariaten und Zeitungen, Neben- und Unterorganisationen, mit Querverbindungen verankert und versichert, hat die rechtzeitige Liquidierung des reformistischen Kurses verhindert, bis der Ausbruch der Konterrevolution Apparat und Bewegung von außen her zerstörten. Mit Recht sagt jetzt das Prager Manifest:

> „Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr und Versuche zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen. Neue Organisationsformen mit opferbereiten Kämpfern müssen entstehen."

Es hat zwar eine geraume Zeit gedauert, bis sich diese Erkenntnis auch in Prag durchgesetzt hatte und es ist wertvolle Zeit für die Bildung von Kadres für eine neue Partei verstrichen. Das ändert jedoch nichts an dem Wert der Feststellung und an der Erkenntnis, daß hier wirklich der Drehpunkt der neuen Bewegung liegt.

Untergang und neues Werden.

Schauen wir noch einmal kurz auf die letzte Phase des alten Apparats. Natürlich tauchte nach der furchtbaren Märzniederlage nicht sofort das gesamte organisierte Proletariat in die Illegalität unter, so etwa wie man auf einer Theaterbühne einfach Menschen und Szenerie in die Versenkung verschwinden läßt. Nein, zunächst spielte der Popanz der Legalität noch eine peinliche Tragödie. Der deutsche Partei- und Gewerkschaftsapparat war so bewußt einseitig auf die Legalität eingestellt, daß die Umstellung aus der einen in die andere Kampfesform ganz unmöglich wurde. Der Gegner mußte dem hilflos erstarrten Apparat Stück um Stück das Lebenslicht ausblasen, ja, man kann sagen, daß sich das Trauerspiel der kampflosen Ueberwältigung bei jeder Organisation wiederholte. Es war immer dieselbe letzte und angstvolle Hoffnung: vielleicht frißt der gelbe Teufel der Konterrevolution nur die andern und wir bleiben verschont! Aber der Gegner machte erbarmungslos ganze Arbeit und der Apparat der deutschen Arbeiterbewegung ist so mit seiner ganzen Rüstung und fast mit seinem ganzen Vermögen in die Hände der Konterrevolution gefallen.

Die Folge dieses Erstarrungszustandes und der strategischen Unbeweglichkeit war, daß zunächst noch ganze Gruppen von Funktionären auf dem Blachfeld stehen blieben. Und nun ergab sich ein eigenartiges Bild der Auflösung. Da die Apparatführung sich restlos ausgeschaltet hatte, organisierten zersprengte Kadres, der Illegalität noch völlig ungewohnt, ohne Erfahrung, ohne Sicherung den ersten Widerstand. Sie gingen mit ungeschützter Brust in den Kampf und heute wissen wir, daß sie erledigt sind. Ihr Weg führte in die Konzentrationslager, Gefängnisse und Friedhöfe. Andere Gruppen versuchten sich totzustellen, indem sie jede politische Willensbildung aufgaben und die Mitglieder nur noch in losem Zusammenhang hielten. Aber diese Bindung, die nur aus der Gewohnheit heraus eine kurze Zeit erhalten blieb, löste sich bald auf, weil sich die Gefahr, einer früheren marxistischen Gruppe anzugehören, bei der aufgegebenen Zweckbestimmung nicht mehr lohnte. Uebrig blieb nur der bekannte Bodensatz der Vereinsmeierei, der wohl in jeder Organisation enthalten ist.

Von dem alten Apparat der Partei ist also so gut wie nichts mehr vorhanden, was für die revolutionäre Arbeit ernsthaft in Frage kommen könnte. Das Manifest spricht also in ein dunkles Loch hinein, in dem etwas ganz Neues im Entstehen begriffen ist. Junge entschlossene Menschen aus allen proletarischen Lagern, die man früher kaum kannte, mischen sich mit den wenigen erfahrenen Funktionären des alten Apparats, die rechtzeitig in die Illegalität untertauchen konnten. Ein Typ

von Revolutionären wächst heran, der im geheimen Kampf gegen Görings Staatspolizei, wo jeder Schritt mit absoluter Lebensgefahr verbunden ist, ein stahlhartes Selbstbewußtsein bekommt. Es ist ein furchtbares Ausleseverfahren, das Göring mit Galgen, Beil und Zuchthaus der jungen revolutionären Bewegung auferlegt. Aber wer durch die Maschen dieses blutigen Siebs hindurchkommt, trägt alle revolutionären Eigenschaften in höchstentwickeltem Maße in sich. Was aus dieser Auslese hervorgeht, ist eine Garde revolutionärer Menschen, die zwar eiserne Disziplin hält, aber als Vortrupp der Freiheit keine andere Autorität kennt als die der Idee, der sie ihr Leben weiht.

So sieht der neue Apparat aus, an den sich der Parteivorstand wendet. Fühlt nicht jeder, wie ungeheuer weit die Distanz ist? Und aus dieser Distanz heraus einen Führungsanspruch für Prag zu proklamieren, ist ein hoffnungsloses Beginnen. Führung kann man nur erringen durch revolutionäres Verdienst. Die Generale, die eine Schlacht verloren haben, müssen sich die Führung neu erwerben. Und wenn über diesen Punkt nicht bald Klarheit geschaffen wird, fürchten wir, daß die Bewegung in Deutschland nach den dort wirkenden Gesetzen ihren eigenen Weg geht und der von Prag mühsam gewonnene Anschluß bald verloren sein wird.

Eine gefährliche Lücke.

Wir stellten bereits fest, daß in der Plattform die Ableuchtung des hinter uns liegenden Geländes fehlt, auf dem sich die größte Niederlage des internationalen Proletariats abgespielt hat. Die Folge davon ist, daß auch die Sicherheit des zukünftigen Weges schwer darunter leidet. Wer die Irrtümer des Reformismus nicht erkenntnistheoretisch durch die Analyse liquidiert, läuft immer wieder Gefahr, in die alten Fehler zu verfallen. Vor dieser Gefahr schützt man sich auch nicht dadurch, daß man erklärt: „Die neue Situation schließt jede Wiederholung aus!“ In Wirklichkeit steht das Manifest schon wieder dicht vor den alten Fehlern.

Man muß sich, um das zu verstehen, die Größe des Problems und den Ablauf des weltgeschichtlichen Ringens vor Augen halten. Wir stehen in einer ökonomischen und geistigen Umwälzung, deren Tragweite und Gewaltsamkeit sich vorerst nur ganz schattenhaft am Horizont der Menschheit abzeichnen. Am Ende dieses gewaltigen Umschichtungsprozesses wird stehen die Freiheit der Völker und die Wiederaufrichtung der Menschenrechte. Wenn das Manifest sich von dem starken Pathos dieser Postulate tragen läßt, so ist das eine gute rhetorische Note im revolutionären Appell.

Was aber ist mit der Demokratie, die in dem Manifest zwar einen breiten Raum einnimmt, die aber mit keinem Wort näher analysiert wird? Ist das die politische Demokratie, die eben erst Bankrott gemacht hat oder die soziale Demokratie, die erst errichtet werden soll? Das Manifest proklamiert die große Erbschaft der französischen Revolution. Nun, die Freiheit, die mit der sozialen Demokratie, mit der

klassenlosen Gesellschaft, als letzte und schönste Konsequenz verbunden ist, die sein wird die Krönung der materiellen, geistigen und moralischen Revolution, diese Freiheit wird ein anderes Gesicht tragen als die von der bürgerlichen Revolution gegen den Feudalismus ausgerufene Freiheit.

Die im Manifest enthaltene Konzeption der Aufgaben der Revolution nach der Machtergreifung läßt zwar darauf schließen, daß die Nationalversammlung erst einberufen werden soll, wenn die revolutionäre Macht gesichert ist und die kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen restlos zerstört sind. Aber wenn man die Inthronisierung der Demokratie so meint, dann kann man doch nicht mit einem Satz über die wichtigste Periode der sozialistischen Revolution, die zwischen der Machtergreifung durch die revolutionäre Partei und der endlichen Freigabe aller demokratischen Rechte liegt, einfach hinwegspringen. Man muß dann zuerst und vor allem eine politische Konzeption für die Uebergangsperiode der Diktatur haben. Hier klafft eine ganz gefährliche Lücke, die mit absoluter Deutlichkeit zeigt, daß man dieses heiße Eisen nicht anzupacken gewagt hat.

Uebergangsperiode und Diktatur.

Der entscheidende Teil einer sozialen Revolution liegt nicht, wie bei den bürgerlichen Revolutionen, im politischen Umsturz, sondern in jenem Geschichtsabschnitt, der nach dem Sieg beginnt und der wahrscheinlich von unerhörten Spannungen und oftmals dramatischen Vorgängen begleitet sein wird. Die bürgerliche Revolution erlebt in der Eroberung der Macht ihre eigene Vollendung, den politischen Schlußpunkt eines lange vorher eingetretenen Entwicklungsprozesses, der sich unter der Hülle der gesellschaftlichen Verhältnisse bis zur Reife entwickelt hat. Es ist die Sprengung der Zwangsjacke, in die eine rückständische Herrschaftsform den Körper der Produktivkräfte eingeschnürt hielt. Im Schoß der Gesellschaft war das Knochengerüst der neuen Herrschaft bereits vorhanden und die politische Revolution zog nur noch die Konsequenzen eines schon bestehenden ökonomischen Zustandes, der auch in den gesellschaftlichen Verhältnissen längst starke Positionen besaß.

Anders ist es in der sozialen Revolution des Proletariats. Gewiß ist die technische Form der Produktionsmittel schon in die Ebene der Sozialisierungsreife gestiegen, aber diese riesenhaften Produktionsmittel befinden sich restlos in der Hand der gegnerischen Klasse. Ihre letzte Herrschaftsform, die totale Diktatur, beugt die gesamten Lebenserscheinungen unter ihre Ideologie. Die angreifende Klasse ist von jedem Einfluß ausgeschlossen, entrechtet, verfemt. Ihre Revolution beginnt erst da, wo die bürgerliche Revolution bereits zu Ende ist. In ständiger Erneuerung ihrer Kräfte wird sie immer wieder um das Erreichte kämpfen müssen, wird von der Statistik zum Experiment, vom Experiment zur Konstruktion gehen, wird heute vorspringen, um morgen wieder einen Teil des gewonnenen Bodens preiszugeben.

Dieser unendlich komplizierte Umwandlungsprozeß aber umfaßt ja nicht nur die Rohstoffe und Maschinen, die Domänen und Banken, die Kanonen und Amtssessel, sondern auch den ganzen Rechts-, Kultur- und Geistesbau. Wenn eine kapitalistisch verseuchte Presse stillgelegt, ein Rundfunk mit anderen Kräften besetzt ist, Theater, Schule und Literatur umgestelit worden sind, so ist damit noch nicht die Ideologie einer kapitalistischen Vergangenheit zerstört. Diese weitgehende geistige und gefühlsmäßige Reform durchzuführen, das ist der Sinn einer Erziehungsdiktatur. Die proletarische Klasse verzichtet auf ihre Herrschaft erst in dem Augenblick, wenn sie die feudalen und kapitalistischen Zwingburgen mit all ihren geistigen Widerstandsnestern im Körper der Gesellschaft niedergelegt hat.

Kein Zweifel, daß diese Diktatur von der großen Mehrheit des Volkes getragen sein muß. Aber die Feststellung dieser Mehrheit erfolgt zunächst nicht durch Abstimmung, sondern durch die Tatsache des Sieges der Revolution über die totale Diktatur. Einen solchen Sieg kann keine Minderheit erkämpfen. Der faschistische Staat, gestützt auf eine gewaltige Waffenrüstung, im Besitz aller wirtschaftlichen und politischen Macht, dazu noch als Rückendeckung eine Mehrheit des Volkes hinter sich — das wäre eine unüberwindliche Stellung. Erst dann, wenn seine Basis im Volk völlig erschüttert ist, wenn sogar seine eigenen Waffenträger zu schwanken beginnen, ist der Zeitpunkt da, wo die Diktatur des Klassengegners nicht mehr auf den Bajonetten sitzen kann. So wird der revolutionäre Sieg die demokratische Legitimation für die diktatorische Uebergangsperiode sein.

Demokratisches Parlament oder Räteverfassung?

An der Größe der Aufgabe gemessen, wird diese Uebergangszeit nicht kurzfristig bemessen sein können. Eine solche ungeheure Aufgabe wird auch nicht von einem revolutionären Direktorium, das auf sich allein gestellt ist, erfüllt werden können. Die gesamte Arbeiterklasse im weitesten Sinn muß Träger der sozialen Revolution sein.

Doch wie soll diese Arbeiterklasse, die an ihrer Peripherie noch breite Schichten indifferenter und kleinbürgerlicher Schichten beherbergt, als politischer Willensfaktor in Erscheinung treten, ohne daß das sozialistische Aufbauwerk in Gefahr gerät? Soll man sie von der Mitbestimmung ausschließen und dadurch vielleicht wertvolle Kräfte in die Opposition stoßen? Wie kann man diese Schichten, die zwar aus ihrer „antikapitalistischen Sehnsucht" heraus die Revolution wollen, aber das Neue noch nicht verstehen, positiv einstellen? Wer übt die Mitbestimmung und Kontrolle in der Uebergangszeit der Diktatur aus? Das sind die brennenden Probleme, die vor der Machtergreifung gelöst werden müssen und die das Prager Manifest völlig ignoriert. Den revolutionären Zirkeln in Deutschland Klarheit darüber zu schaffen, ist die Vorbedingung für die Einheit der Bewegung.

Das Parlament in seiner alten Form ist so erledigt wie die alte Form des Parteiapparats, beide kehren nicht mehr wieder. Auch der

Gedanke, einer Handvoll Führer bedingungslos die Diktatur anzuvertrauen, ist absurd. Gegen die Diktatur eines bürokratischen Apparats sprechen die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit.

Es bleibt nur die revolutionäre Partei als Vollstreckerin des Willens der Arbeiterklasse. Sie ist die Treuhänderin der Revolution. In ihr sind die revolutionären Eigenschaften am höchsten entwickelt. Im Feuer des Kampfes gegen die Diktatur ist ihr Charakter gestählt worden, ihre Treue zur Freiheit, für die sie das Leben ihrer Anhänger einsetzte, bedarf keiner demokratischen Nachprüfung. Sie ist also auch der einzig sichere Garant für die Wiederherstellung der Freiheit. Die vorhin skizzierte Eigenart der proletarischen Revolution gegenüber den bürgerlichen Revolutionen zwingt logischerweise dazu, daß sie die Führung übernimmt. Sie wird sich eine innere Parteidemokratie schaffen, die turmhoch über der Demokratie der früheren Zahlabende steht und wird damit jede apparatliche Bürokratisierung zu verhindern wissen. Und es wird der umgekehrte Prozeß gegenüber früher eintreten: je härter die Diktatur nach außen auftreten muß, um so tiefer wird sie in den demokratischen Zellen ihres eigenen Körpers verankert sein.

Auf ihr lastet die Führung und die Verantwortung in der ganzen ersten Phase der Revolution. Mit der zunehmenden Reife der proletarischen Hilfsschichten wird dann der Weg frei für die revolutionäre Demokratie, die nicht in der Neubelebung des wahrlich nicht in Schönheit gestorbenen bürgerlichen Parlamentarismus bestehen kann. Die Verfassung des revolutionären Staates wird sich stützen müssen auf die in Selbstverwaltungskörpern zusammengeschlossenen und von unten nach oben aufgebauten Arbeiter- und Bauernräte, deren Legitimation durch die freie, geheime und gleiche Wahl festzustellen ist. Und Wahlrecht hat jeder, der eine von der Gesellschaft anerkannte Arbeitsfunktion ausübt und das Staatsbürgerrecht besitzt. Ausgeschlossen von diesem Recht sind alle, die infolge ihrer politischen Vergangenheit oder ihrer kapitalistischen Funktion als Gegner der neuen Gesellschaft zu betrachten sind.

Diese revolutionäre Demokratie wird die freieste Form der Herrschaft sein, denn sie ist die Herrschaft der großen Mehrheit der Ausgebeuteten über eine winzige Minderheit von Ausbeutern. Und sie allein wird imstande sein, eine untergehende Klasse, deren Privileg an den Produktionsmitteln zu einer Lebensgefahr für die Menschheit geworden ist und die vor keinem Verbrechen zurückscheuen wird, um ihre Blutherrschaft zurückzuerobern, am Boden zu halten und sie durch die Errichtung des klassenlosen Staates, der die Freiheit selbst ist, endgültig und für alle Zeiten zu überwinden.

Die Ueberwindung der faschistischen Diktatur

Von Max Seydewitz.

1. Der Sieg des Faschismus.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland ist ein vollständiger. In der kurzen Frist von einem Jahre konnte Hitler die Totalität des faschistischen Staates herstellen und alle Widerstände überwinden. Diese Tatsache der furchtbaren Niederlage der Arbeiterklasse anzuerkennen und die Ursachen, die zu dieser Niederlage geführt haben, festzustellen und zu beseitigen, sind Vorbedingungen für die Ueberwindung der jetzt in Deutschland unbeschränkt herrschenden faschistischen Diktatur.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland war durchaus kein unabwendbares Schicksal. Er ist nicht so sehr durch die überragende Qualität der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Führer, nicht so sehr durch die positiven Leistungen des Hitlerfaschismus herbeigeführt worden, als durch den Verzicht und das Versagen der ganzen deutschen Arbeiterbewegung in einer historisch bedeutungsvollen Situation. Objektiv waren in Deutschland die Voraussetzungen für den Vormarsch und den Sieg der Arbeiterklasse gegeben. Die ökonomische Krise, die nicht nur eine vorübergehende Konjunkturkrise, sondern eine Krise des kapitalistischen Systems ist, hat im steigenden Maße die Herrschaftsstellung der kapitalistischen Klasse unterhöhlt. Die immer deutlicher gewordene Unmöglichkeit, diese Krise in der früher üblichen Weise zugunsten der Volksgemeinschaft zu lösen, hat die antikapitalistischen Tendenzen in allen Volksschichten gestärkt und der Arbeiterklasse die Chance des erfolgreichen Kampfes um den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft gegeben. Diese objektiv revolutionäre Situation aber konnte nur von einer revolutionären Arbeiterbewegung ausgenutzt werden, die aus der Erkenntnis heraus, daß in dieser geschichtlichen Situation kein Platz mehr für den Reformismus ist, seit Jahren die einheitliche proletarische Klassenfront angestrebt hätte, die Voraussetzung für die Schlagkraft der Arbeiterklasse in dieser Situation war. Statt dessen hat der Glaube an das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus und ein bis zum Selbstmord konsequenter Reformismus alle besseren Einsichten überwuchert und anstatt durch eine der ökonomischen und geschichtlichen Situation entsprechende aktive revolutionäre Klassenkampfpolitik den Spalt in der Arbeiterklasse zu vermindern und die proletarische Einheitsfront vorzubereiten, wurde alle Rettung von ausgehöhlten ministeriellen Machtpositionen erhofft und eine schwächliche Bündnispolitik mit bürgerlichen Parteien gemacht, durch die die Stoßkraft für den sozialistischen Ausweg aus der Krise vernichtet und die Spaltung in der Arbeiterbewegung so weit vertieft wurde, daß die deutsche Arbeiterklasse in den entscheidenden Situationen vollkommen aktionsunfähig war und widerstandslos überrannt werden konnte.

Die falsche Einschätzung der ökonomischen Situation und die daraus sich ergebende falsche Frontstellung sind die letzten Ursachen dafür, daß die deutsche Arbeiterbewegung die ihr gebotene Chance des erfolgversprechenden Machtkampfes gegen die kapitalistische Klassenherrschaft verpaßte. Dieses Versagen der klassenbewußten Arbeiterbewegung schuf erst die Voraussetzungen für die Formierung der faschistischen Massenbewegung, die Sammlung der durch die ökonomische Krise entwurzelten Mittelschichten und der enttäuschten Proletarier um das Banner der tatkräftigen, aktionsfähigen, in der Propaganda sich antikapitalistisch und revolutionär gegen das schuldige „System" aufspielenden nationalsozialistischen Partei. In Deutschland waren wir in der Entwicklung der Krise des kapitalistischen Systems an einem Wendepunkt, an dem die herrschenden kapitalistischen Klassen entweder (wenn die Arbeiterbewegung nicht versagt hätte) die Herrschaft an das vorwärtsdringende revolutionäre Proletariat abtreten mußten, oder ihre ökonomische Machtstellung nur noch durch außergewöhnliche Mittel, durch den Einsatz der auf eine breite Massenbasis sich stützenden faschistischen Diktatur retten konnten. Die Sicherung des kapitalistischen Systems war nur noch möglich durch weitgehendste politische Konzessionen an den Faschismus, durch die Einsetzung der brutalsten faschistischen Methoden gegen die Arbeiterbewegung, durch die Vernichtung der Organisationen und die Brechung aller Widerstandsmöglichkeiten. Das Ergebnis ist: Die ökonomisch herrschende kapitalistische Oberschicht überläßt Hitler die uneingeschränkte politische Diktatur und übt unter deren Schutz ihre ökonomische Diktatur so hemmungslos insbesondere gegen die proletarischen Schichten aus, wie ihr das noch zu keiner Zeit vorher möglich war.

Von diesem Zustand und von der Erkenntnis, daß die alten Arbeiterorganisationen in Deutschland vollständig zerschlagen sind, haben wir bei allen Betrachtungen über den Kampf zur Ueberwindung des Faschismus auszugehen. So wie der Sieg des Faschismus kein unabwendbares Schicksal war, so ist die Zertrümmerung der faschistischen Diktatur kein unvermeidlich kommendes Naturereignis. Der Faschismus bricht nicht wegen seiner Unfähigkeit, die Krise des Kapitalismus zu lösen, von allein zusammen, er zerbricht auch nicht automatisch an seinen inneren Widersprüchen und den inneren Differenzen, sondern der Sturz des Faschismus wird nur durch den Kampf der Arbeiterklasse herbeigeführt werden.

Die gleichen Gründe, die zum Sieg des Faschismus in Deutschland geführt haben, sichern heute noch den Bestand der faschistischen Diktatur. Erst wenn die Arbeiterbewegung die eigenen Fehler und die eigene Aktionsunfähigkeit überwunden hat, wenn sie als wirklich neue revolutionäre, zielklare und einige Kampffront in Erscheinung tritt, wird sie das Vertrauen der Enttäuschten gewinnen, die Schwächen und Mängel der faschistischen Bewegung und Diktatur auswerten, in syste-

matischer Arbeit die faschistische Massenbasis unterhöhlen und die enttäuschten Massen um ihr Banner sammeln können. Erst dann wird ihr Kampf zur Ueberwindung der faschistischen Diktatur erfolgreich sein.

2. Die neue Kampffront.

Ohne Ausnahme sind die alten Organisationen in Deutschland durch ihr Verhalten in der Vergangenheit und durch die furchtbaren Ergebnisse dieses Verhaltens kompromittiert. Keine der alten Parteien genießt das Vertrauen, das zur Organisierung wirksamer Gegenkräfte gegen den Hitlerfaschismus nötig ist. Die Menschen, die heute in Deutschland unter den furchtbarsten Opfern und Gefahren das Banner des Marxismus noch hochhalten, tun dies nicht für die SPD, die KPD oder irgend eine andere Partei, sondern für die Idee des Sozialismus und die werdende neue Bewegung.

Die Trümmer der alten Organisationen kämpfen heute in Deutschland noch immer nur in einer schwachen Defensivstellung; ihre derzeitige Aufgabe ist, den weiteren Rückzug zu decken und den weiteren Zerfall zu hindern. Die Erfahrungen des ersten Jahres der Hitler-Herrschaft haben bewiesen, daß die Reste der alten Organisationen noch lange nicht in der Lage sind, offensiv den Kampf um die Erschütterung der Hitler-Diktatur zu führen. Das wird die Aufgabe der neuen Bewegung sein, die systematisch und energisch vorzubereiten, zu den wichtigsten Gegenwartspflichten der aktiven Teile in den Resten der alten Organisationen gehört. Die Schaffung dieser neuen Bewegung wird ein langer Prozeß sein, aber die neue Kampffront wird um so schneller wachsen, je entschlossener von den Trägern der alten Organisationen die Fehler liquidiert und eine wirklich gründliche und durchgreifende Umstellung an Haupt und Gliedern vorgenommen wird. Mit halben Maßnahmen und Teilkonzessionen, mit denen vor Jahren vielleicht noch mancherlei gebessert und gerettet werden konnte, ist nach der nach Hitlers Sieg herbeigeführten außerordentlichen Situation nichts getan; jetzt sind sowohl bei der Gestaltung neuer programmatischer Grundlagen, wie in der Gestaltung der Organisation und der Auswahl der Führung ganze Maßnahmen notwendig. Aber nicht auf die Gründung einer neuen Partei oder Internationale kommt es jetzt an, die die Zahl der proletarischen Gruppen nur um eine vermehren und die Spaltung und Zerrissenheit in der Arbeiterklasse noch weiter vertiefen würde, sondern vielmehr darauf, auch in den Resten der alten Organisationen für die revolutionierende Umgestaltung zu arbeiten und dafür zu wirken, daß die aktiven und qualitativen Kräfte aus allen Lagern zur gemeinsamen Arbeit und zu gemeinsamem Kampf gegen die faschistische Diktatur sich zusammenfinden und allmählich zusammenströmen zu der einen, geschlossenen und aktionsfähigen revolutionären Partei, die der Träger des offensiven Kampfes gegen die faschistische Diktatur und der proletarischen Revolution wird.

Der Weg zu dieser neuen Kampffront geht über die Erarbeitung

eines neuen revolutionären Programmes, das die alten Gegensätze in der Arbeiterbewegung und die Ursachen der Spaltung überwindet und positiv den Weg aufzeigt, den die Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur gehen und wie sie den revolutionären Staat gestalten wird. In dieser neuen programmatischen Grundlage muß klar und eindeutig festgestellt werden, daß der Kampf der Arbeiterklasse nicht um die Wiederaufrichtung der Weimarer Republik geht, nicht nur um die Staatsform, sondern um den Inhalt des Staates, um den Sozialismus. Darum muß dieser Kampf mit der gleichen Schärfe und Konsequenz wie gegen den Faschismus auch gegen dessen Auftraggeber, den Kapitalismus, geführt werden. Der Stoß gegen die faschistische Diktatur muß zugleich auch das kapitalistische System beseitigen, unmittelbar nach der Eroberung der politischen Macht muß ebenso wie die politische, auch die wirtschaftliche und soziale Ordnung des Kapitalismus zerbrochen, müssen alle Klassen- und Besitzmonopole der herrschenden kapitalistischen Klassen aufgehoben werden. Es darf kein Zweifel darüber sein, daß nach der Eroberung der politischen Macht im Staate die eroberte Position rücksichtslos, energisch und unerbittlich eingesetzt wird, um die Bewegung des geschlagenen Gegners für immer so zu zerstören, daß jede Konterrevolution unmöglich wird. Dazu ist notwendig die revolutionäre Umgestaltung des ganzen Staatsapparates, die Schaffung eines aus den revolutionären Klassenorganisationen der Werktätigen sich bildenden Verwaltungs- und Machtapparates. Dieser revolutionäre Staatsapparat muß auf lange Sicht politisch und organisatorisch vorbereitet und die Keimzellen dazu müssen heute schon geschaffen werden. Eindeutig klar muß ferner sein, daß dieser Kampf um die ganze Macht im Staate geht, daß in allen Phasen dieses Kampfes die Fronten zwischen den werktätigen Schichten und den kapitalistischen Klassen scharf abgegrenzt bleiben, daß es in diesem Kampfe keine Koalitionen mit kapitalistischen Gruppen gibt, daß vielmehr alle Kraft darauf konzentriert wird, die einheitliche, geschlossene Front der Arbeiterklasse zu formieren.

3. Der einzige Weg zur Macht.

In dem Programm der neuen Bewegung muß vor allem auch Klarheit geschaffen werden über das Kernproblem Demokratie und Diktatur. Von der Entscheidung über den Weg zur Machtergreifung hängt in allen Einzelheiten auch die Gestaltung der Organisation, der inneren und äußeren Formen der neuen Kampffront ab. Wer die Hoffnung hegt, daß für die Arbeiterklasse vielleicht doch noch die Eventualmöglichkeit besteht, mit dem Stimmzettel die Macht zu erobern und auf friedlichem Wege in den Sozialismus hineinzuwachsen, der wird auch für den organisatorischen Neuaufbau zu anderen Entscheidungen kommen, als derjenige, der davon ausgeht, daß es der Arbeiterklasse in jedem Falle nur im revolutionären Machtkampfe gelingen wird, die Bahn für den Sozialismus frei zu machen.

Mit dem Fortschreiten der Krise des Kapitalismus ist für die herr-

schenden kapitalistischen Kräfte in allen Ländern die Anerkennung des demokratischen Systems schon seit langem nicht mehr eine Sache der prinzipiellen Ueberzeugung, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Sie bedienen sich so lange der parlamentarischen Demokratie, als diese ihnen zur Sicherung ihrer Herrschaftsstellung zweckmäßig und ausreichend erscheint. Sobald das nicht mehr der Fall ist, verlassen sie ohne Bedenken den demokratischen Kampfboden, mobilisieren faschistische Gewaltmittel oder den Faschismus, zerstören den demokratischen Kampfboden und errichten, wie in Deutschland, die offene brutalste Gewaltdiktatur.

Darum kann die Arbeiterklasse sich nicht auf den Standpunkt stellen, den demokratischen Weg solange als eine Möglichkeit zur Machteroberung zu betrachten, solange der Klassengegner den demokratischen Kampfboden anerkennt, und erst dann sich für diktatorische Mittel zu entscheiden, wenn der Klassengegner im Kampf um die Erhaltung seiner Machtstellung andere Kampfmittel anwendet. Die Arbeiterklasse kommt dadurch in die unglückliche Defensivstellung, die wir in der Weimarer Republik erlebt haben, sie ist dem Kampf auf den vom Klassengegner diktierten neuen Kampfboden nicht gewachsen, wird geschlagen, oder muß kampflos kapitulieren.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß sie keine Wahl hat zwischen dem demokratischen oder dem diktatorischen Weg zum Sozialismus. Auch der demokratische Kampfboden und die Rechte der Arbeiterklasse können gegenüber dem Klassengegner nur erhalten, verteidigt und neu erobert werden, wenn das Proletariat stark und fähig ist, den Kampf gegen den Klassengegner mit allen Mitteln zu führen und die Macht der herrschenden Klassen diktatorisch zu brechen. Es gibt darum nur einen Weg zum Sozialismus, den revolutionären, D. h., gestützt auf die breiteste Volksbewegung der werktätigen Massen mit allen, auch diktatorischen Mitteln auch demokratische Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen, auszubauen und neu zu erkämpfen, die Diktatur des Klassengegners zu brechen und die kapitalistische Klassenherrschaft zu zerstören. In der Erkenntnis, daß es in jedem Falle nur diesen einen, den revolutionären Weg zum Sozialismus gibt, muß die Arbeiterklasse sich die Macht und die Kampfmittel schaffen, die ihr ermöglichen, dem Klassengegner offensiv den Kampfboden vorzuschreiben und die politische Macht zu erobern.

4. Die revolutionäre sozialistische Diktatur.

Wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat, muß sie alle Mittel anwenden, um diese Macht zu festigen und auszubauen. Sie darf die eroberte Macht nicht wieder in die Hand einer die parlamentarische Demokratie repräsentierende Nationalversammlung legen, sondern muß sich bei der Ausübung der Macht stützen auf die Klassenorgane der Werktätigen, auf die Räte der Arbeiter und der werktätigen Schichten, die Träger

nicht nur der Legislative, sondern auch der Exekutive, des Verwaltungs- und Machtapparates werden.

Die Aufgabe dieser revolutionären sozialistischen Diktatur ist die völlige Ueberwindung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Ihr Ziel ist nicht die Aufrichtung einer neuen Klassenherrschaft zur Ausbeutung irgend welcher Volksgruppen, sondern die Aufhebung aller Klassenherrschaft und jeder Ausbeutung — das klassenlose Gemeinwesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Träger der revolutionären sozialistischen Diktatur werden in Deutschland die Industriearbeiter sein. Wenn sie im Kampf gegen die faschistische Diktatur die ganze Macht für das Proletariat fordern, so fordern sie nicht eine Herrschaft der Arbeiterklasse über Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und Bauern, sondern sie fordern diese Macht für die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung selbst, die unter der von der faschistischen Diktatur gesicherten Herrschaft einer kleinen Minderheit der Kapitalisten alle verschärft den gleichen Druck, die gleiche Not und die gleiche Rechtlosigkeit verspüren. Die revolutionäre sozialistische Diktatur unter Führung des klassenbewußten Proletariats verbirgt die freie Selbstverwaltung aller Werktätigen in der gemeinsamen Arbeit — ohne Rücksicht auf Person, Geschlecht und Rasse.

Die revolutionäre sozialistische Diktatur ist nicht das Endziel der revolutionären Sozialisten, sondern nur das notwendige Mittel zur Herbeiführung der vollkommenen sozialen Demokratie, der politischen und sozialen Gleichheit des wahrhaften Rechtes und der Freiheit für alle. Dieses Endziel der revolutionären Sozialisten kann aber erst nach der vollständigen Ueberwindung des kapitalistischen Klassenstaates und des kapitalistischen Systems in der klassenlosen Gesellschaft verwirklicht werden.

Die jetzt schon in Angriff zu nehmende und zu lösende Aufgabe ist die Klarstellung der wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die die revolutionäre Diktatur zur Erreichung ihres Endzieles durchführen wird. Der positive soziale Inhalt des revolutionären Staates muß konkret herausgearbeitet werden, ebenso wie die Handlungen, durch die die Diktatur des Finanz- und Monopolkapitalismus beseitigt, alle Klassen- und Besitzmonopole der bisher herrschenden Klassen aufgehoben, die Kommandogewalt gegenüber den Arbeitern und Angestellten im Betriebe, das bürgerliche Monopol auf die Funktionen des Staatsapparates beseitigt und die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung des Kapitalismus gebrochen werden. Dies auch darum, weil die revolutionären Sozialisten die werktätigen Massen nicht allein mit dem Hinweis auf die äußere Form der revolutionären sozialistischen Diktatur, sondern vielmehr mit der Klarstellung des sozialen Inhalts dieser Herrschaftsform für den Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur gewinnen werden.

5. Die sozialistische Revolution und die Mittelschichten.

Die faschistische Diktatur in Deutschland wird nur durch die sozialistische Revolution überwunden werden. Wenn auch das klassenbewußte Proletariat Träger dieser sozialistischen Revolution sein wird, so muß es zur Durchführung dieser Revolution doch die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Mittelschichten mobilisieren und eine breite Volksbewegung entfachen. Die sozialistische Revolution richtet sich nicht gegen diese Mittelschichten, sondern wird sie ebenso wie das Proletariat von dem unter der faschistischen Diktatur verschärften Druck des Monopol- und Finanzkapitals befreien.

Wenn die revolutionären Sozialisten in gründlicher, sachkundiger und eindeutiger Weise die Demagogie, mit der die Faschisten bei ihrem Aufstiege die Mittelschichten gewonnen haben, wenn sie die unter der faschistischen Diktatur noch stärker gewordene Interessengemeinschaft der verelendeten Mittelschichten mit dem Proletariat aufzeigen, und der „antikapitalistischen Sehnsucht" der Mittelschichten einen konkreten Inhalt geben, gewinnen sie diese für die sozialistische Revolution. Je zielklarer, stärker, einiger, geschlossener und aktionsfähiger die Arbeiterklasse den Kampf gegen die faschistische Diktatur und gegen den Kapitalismus führt, je entschiedener sie für die revolutionäre Umgestaltung des auch an dem Elend der Mittelschichten schuldigen kapitalistischen Systems eintritt, umso leichter wird es ihr sein, die Mittelschichten in ihre Gefolgschaft zu zwingen und unter Führung der Arbeiterklasse die große Mehrheit des Volkes zu einem antifaschistischen, antikapitalistischen, revolutionären Block zusammenzuschweißen.

6. Die Etappen der sozialistischen Revolution.

Unmittelbar nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und nach dem kläglichen Zusammenbruch dessen, was man in Deutschland als Demokratie ausgab, trat in den übrig gebliebenen Kaders der zerschlagenen deutschen Arbeiterbewegung die Auffassung stärker in Erscheinung, daß nach dem Zusammenbruch schädlicher Illusionen jetzt unmittelbar und mit größerem Erfolge der Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur des Proletariats geführt werden könne. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die materiellen Aussichten des proletarischen Kampfes um die Eroberung der politischen Macht nach der Beseitigung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse und nach der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen unendlich viel schwieriger und ungünstiger sind, als zu der Zeit, da die Arbeiterklasse noch als organisierte Massenbewegung ihre Kräfte auf dem demokratischen Kampfboden freier entfalten konnte. Die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht verstanden hat und nicht fähig war, den demokratischen Kampfboden für den entschlossenen und rücksichtslosen revolutionären Machtkampf auszunützen, spricht nicht gegen die besseren Erfolgsmöglichkeiten des proletarischen Kampfes in einer Situation, in der die Arbeiterklasse Koalitionsfreiheit und Bewegungsfreiheit hat.

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland die Arbeiterklasse unmittelbar aus dem nach der Niederlage herbeigeführten Zustand der Entmachtung und Zerschlagung zur entscheidenden Aktion für die Durchführung der sozialistischen Revolution schreiten kann. In der jetzigen Situation, unter dem harten Druck der faschistischen Diktatur muß sich erst ein revolutionärer, zielbewußter Kern und Vortrupp der proletarischen Bewegung formieren, der von dem unerschütterlichen Willen zur Macht beseelt ist, der in kameradschaftlichem Ringen Klarheit schafft über die zu beschreitenden Wege und über die bis zur und nach der Machtergreifung anzuwendenden Mittel und Maßnahmen. Aber dieser Vortrupp der proletarischen Bewegung, der ohne neue Illusionen die tatsächliche Lage erkennen muß, wird nur dann Erfolge erkämpfen, wenn es ihm gelingt, zur Unterstützung und Durchsetzung seines Wollens eine von ihm gelenkte und geführte Volksbewegung zu mobilisieren. Auch die revolutionärste und zielklarste Kerntruppe des Proletariats, die von der gegenwärtigen schmalen Basis aus isoliert von den Volksmassen eine Aktion zum Sturz der Hitler-Diktatur durchführen wollte, würde nicht mehr als einen ergebnislosen Putsch auslösen, dessen Opfer die fortgeschrittensten und revolutionärsten Teile des Proletariats würden. Auch hier kann die deutsche Arbeiterklasse aus der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung lernen: dieselbe Hitler-Bewegung, die 1933 im Strome der von ihr entfesselten Volksbewegung ohne größere Hindernisse die Macht eroberte, endete ihren im November 1923 ohne Unterstützung der Volksbewegung geführten Vorstoß zur Eroberung der politischen Macht mit einem kläglich zusammengebrochenen Putsch.

Die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats hat darum nach der Klarstellung des von ihr zu beschreitenden Weges zwei Aufgaben: 1. die faschistische Massenbasis der Hitlerdiktatur zu untergraben und zu beseitigen und 2. die unter der faschistischen Diktatur enttäuschten Massen zu sammeln, die Volksbewegung und den Volkssturm gegen die faschistische Diktatur und das kapitalistische System zu entfachen.

Zur Entfesselung dieser Volksbewegung müssen nicht nur die sozialistischen Ziele in den Einzelheiten klar, konkret und überzeugend herausgestellt werden, es müssen aus der jeweiligen Kampfsituation heraus auch das unmittelbare Leben der von der faschistischen Diktatur unterdrückten Schichten berührende Kampfparolen zum Ausgangspunkt von Aktionen gemacht werden. Kampfparole dieser Art wird gegenüber der herrschenden faschistischen Diktatur auch die Forderung nach Wiederherstellung der demokratischen Rechte für das arbeitende Volk sein, so z. B. die Wiederherstellung der Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Der Kampf um diese Forderungen hat aber nur dann einen Sinn, wenn diese Tageslosungen als Mittel zum Zweck der Mobilisierung der Massen betrachtet werden und wenn hinter diesen Forderungen der unerschütterliche Wille steht, diesen

Kampf in jedem geeigneten Zeitpunkt umschlagen zu lassen in den revolutionären Machtkampf.

In dem Maße, wie es den revolutionären Sozialisten im Verlauf des Kampfes um den Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, einen breiteren Kampfboden zu erzwingen, ihre Kräfte ungehemmter zu entfalten und aus der Unzufriedenheit der Massen den Volkssturm für die sozialistische Revolution zu entfesseln, verliert die faschistische Diktatur den Boden unter den Füßen und wird die Zeit reif für den Entscheidungskampf um die Eroberung der politischen Macht.

Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß im Ringen um die Ueberwindung der faschistischen Diktatur diese nicht unmittelbar abgelöst wird durch die Herrschaft des Proletariats. Nach der durch den Kampf der revolutionären Sozialisten erfolgten Erschütterung der faschistischen Massenbasis ist als Zwischenstation theoretisch möglich eine gemilderte Generalsdiktatur oder eine vorübergehende Rückkehr zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Aber das eine wie das andere wird nicht mehr eine Epoche, sondern nur eine kurze Episode sein. Jedoch auch diese Episode wird nur das Ergebnis des schon erfolgreich gewordenen Kampfes der Arbeiterklasse sein, durch den dann bereits die stärkste Stütze der kapitalistischen Klassenherrschaft, die faschistische Kampfwaffe zersetzt wurde, so daß die kapitalistischen Diktatoren ihre dadurch erneut stärker bedrohte ökonomische Herrschaftsstellung durch politische Konzessionen an die werktätigen Massen zu retten versuchen werden. Dies erkennend, dürfen die werktätigen Massen dann nicht wieder der Illusion verfallen, daß der Staat der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ihr Staat ist, sondern sie müssen die in diesem Zustand erkämpfte größere Bewegungsfreiheit erst recht rücksichtslos ausnützen zur völligen Niederschlagung der kapitalistischen Klassenherrschaft, zur Durchführung und Vollendung der sozialistischen Revolution.

Ob in der Entwicklung des Kampfes eine der beiden Episoden dazwischen kommt, oder ob der Sturz der faschistischen Diktatur unmittelbar herbeigeführt werden muß — in jedem Falle wird die Niederringung der kapitalistischen Machtmittel nur durch einen bewaffneten Aufstand im Höhepunkt der Massenbewegung möglich sein, und die revolutionäre Staatsmacht wird nur in einem harten Bürgerkrieg aufgebaut werden können.

7. Die Einheitsfront des Proletariats.

In Deutschland wird die Durchführung der sozialistischen Revolution in stärkstem Maße abhängen von der Schaffung einer einigen, starken, aktionsfähigen Arbeiterbewegung. Diese erst wird die Mittelschichten in Bewegung bringen gegen die faschistische Diktatur, sie für die Unterstützung des revolutionären Machtkampfes gewinnen und der Arbeiterklasse ermöglichen, die Führung in diesem Kampfe zu erobern. Die

auch darum notwendige Einheitsfront wird nicht durch Beschlüsse am grünen Tisch über Nacht hergestellt, sondern der Kampf um die Einheitsfront wird ein langer Prozeß sein, in dessen Verlauf es viele Enttäuschungen und Rückschläge geben wird. Dennoch müssen trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten und Hemmnisse die besten Kräfte unermüdlich für die Herbeiführung der Einheitsfront wirken. Jeder an dem Platz, an dem er innerhalb der organisatorischen Trümmer der deutschen Arbeiterbewegung steht, jeder beseelt von dem Bestreben, über die Trümmer hinweg die neue einheitliche Kampffront zu schaffen.

Die ersten Schritte zur Einheitsfront werden auf dem Gebiete der brennend notwendigen sachlichen Arbeit gemacht werden können. Ueber die alten Parteibuchschranken hinweg müssen sich Kräfte aus allen Gruppen in geistiger Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden und dort versuchen, die Probleme des Kampfes gegen den Faschismus, der Gewinnung der Mittelschichten und der Bauern, der Gestaltung des neuen sozialistischen Staates, der politischen, wirtschaftlichen und Arbeitsverfassung dieses Staates in sachlicher, gemeinsamer Arbeit so zu lösen, damit den Massen greifbare, konkrete Vorstellungen gegeben werden können — von dem, was die Sozialisten an Stelle der Hitler-Diktatur setzen, welchen sozialen Inhalt sie dem sozialistischen Deutschland geben wollen. Die Lösung dieser Aufgaben ist nötig zur Mobilisierung der Massen, aber auch darum, weil die Diskussion um die sachliche Gestaltung des Neuen nicht erst nach dem Sturz Hitlers begonnen werden kann, sondern heute für den Vortrupp der sozialistischen Revolution schon geklärt werden und feststehen muß, welche Maßnahmen sofort nach dem Sturz Hitlers zur Sicherung, Durchführung und Vollendung der sozialistischen Revolution notwendig sind. In der sachlichen Arbeit um die Lösung dieser konkreten Aufgaben wird sich sehr bald herausstellen, daß die Gegensätze zwischen den Menschen aus den verschiedensten Parteilagern viel geringer sind, als bei abstrakten, nur theoretischen Diskussionen. Aus dieser positive Arbeit für die Neuformierung der Arbeiterbewegung und die Gestaltung des sozialistischen Deutschlands leistenden, vom alten Organisationsfetischismus freien, überparteilichen, geistigen Arbeitsgemeinschaften werden sich allmählich revolutionäre Willenszentren bilden, die zunächst in sich die Idee der Einheitsfront praktisch verwirklichen, und aus denen (in Deutschland und in der Emigration) die eine, einzige revolutionäre marxistische Arbeiterpartei und deren Führung herauswachsen wird.

BUCHBESPRECHUNGEN

Heinrich Mann: Der Haß. Deutsche Zeitgeschichte. Querido-Verlag, Amsterdam 1933, 235 Seiten. Preis brosch. Hfl. 2.50, in Ln. Hfl. 3.50.

Bei der Ergründung der Ursachen der deutschen Katastrophe und des Wesens des nationalsozialistischen Staates ist es wichtig, neben den poli-

tischen und wirtschaftlichen Faktoren auch die massenpsychologischen Vorgänge und Triebkräfte in den Kreis der Betrachtung zu ziehen. Hierzu liefern die Essays von Heinrich Mann ungemein wertvolles Material. Dichterische Gestaltungskraft vereinigt sich in ihnen mit psychologischem Scharfsinn, um aus dem ungeheuren Komplex der umstürzenden Ereignisse in Deutschland Urteile und Lehren abzuleiten, die weit über die enge Betrachtung der Gegenwart hinausreichen.

Als eine der wichtigsten Triebkräfte der nationalsozialistischen Konterrevolution betrachtet Heinrich Mann den deutschen Nationalismus.

Aus der unterdrückten nationalen Leidenschaft, aus dem nationalistischen Rachegefühl, das gepaart war mit Schwäche, wurde der Haß als Triebkraft einer reaktionären Massenbewegung geboren. Verdrängte nationalistische Komplexe und ein falsches Selbstgefühl vereinigten sich mit der sozialreaktionären Gesinnung kapitalistischer Kreise und dem Neid der Verkrachten und Deklassierten, um auf einem durch die Wirtschaftskrise zerrütteten Boden eine reaktionäre Volksbewegung in scheinrevolutionärer Verkleidung zu schaffen. Es war der Aufstand der Unterwelt gegen die Errungenschaften der Demokratie und Zivilisation, es war der Aufstand der aufgepeitschten niedrigsten Instinkte gegen den Geist, die Humanität, den sozialen Fortschritt.

Unter diesem Gesichtspunkte erscheinen die Gestalten der nationalsozialistischen Führer, vor allem die Hitlers und Göbbels', die Heinrich Mann mit ungeheurer Eindringlichkeit und dichterischer Kraft zeichnet, in einem besonderen Lichte. Sie sind gleichzeitig die Exponenten und die Symbole einer Bewegung, die, von ihnen emporgetrieben, sie zu ihren Gefangenen macht. Eine Bewegung, die ihren Ursprung in den mannigfaltigsten sozialen Krankheitserscheinungen hat, mußte Irrsinnige, Bestien und Verbrecher zu ihren Führern machen. Es sind Verrückte, meint Heinrich Mann unter Hinweis auf eine Novelle von Poe, die ihre geistig gesunden Wächter eingesperrt haben und nun endlich hausen können. Das ist das treffendste Bild, mit dem man das heutige Deutschland und seine Führer vergleichen kann.

Eine Nutzanwendung innerpolitischer Art ergibt sich aus der scharfsinnigen Analyse Heinrich Manns: Es ist nicht wahr, erklärt er, daß die Republik deswegen unterlegen sei, weil ihr manches mißlunoen war, sie ist unterlegen zur Strafe für ihre Erfolge. An anderer Stelle erklärt er, daß der Haß der nationalsozialistischen Unterwelt mit unseren Fehlern nichts zu tun habe, aber viel mit unseren Werten. Das ist ein Gesichtspunkt, der nicht stark genug unterstrichen werden kann. Denn in einer Zeit, wo viele, auch in unseren Reihen, geneigt sind, die Vergangenheit nur schwarz in Schwarz zu malen, gibt dieser Gesichtspunkt die Möglichkeit, bei der Beurteilung der Mißerfolge der Republik und der Arbeiterbewegung sowie der Erfolge des Nationalsozialismus einen Maßstab anzuwenden, der uns vor unberechtigtem Optimismus ebenso bewahrt wie vor unbegründetem Pessimismus. Xenos.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.